



WORT ZUM SONNTAG

VON WOLFGANG HUBER

Durch Gottes Gnade verbunden

Als Gruß kam die Osterbotschaft nach Europa: „Gnade sei mit euch und Friede von Gott, unserem Vater, und dem Herrn Jesus Christus.“ Der Apostel Paulus, der als Erster das Evangelium auf unseren Kontinent brachte, sandte diesen Wunsch an die von ihm gegründeten Gemeinden. Er galt allen; er war keineswegs für die reserviert, mit denen der Apostel am selben Ort zusammen war.

Paulus wollte gerade die erreichen, von denen er räumlich getrennt war. Dafür scheute er keine Mühe. Der Abstand von tausend Kilometern hielt ihn nicht davon ab, vom griechischen Korinth aus an die Gemeinde in Rom zu schreiben. Alle Christen sollten sich durch Gottes Gnade verbunden wissen – und durch den Frieden, der vom auferstandenen Christus ausgeht.

Mich bewegt dieser apostolische Gruß. An diesem Ostersonntag können wir nicht wie gewohnt zusammen sein, weder in Kirchen noch in Wohnungen und Häusern. Die Generationen können sich zu Ostern nicht treffen, Gottesdienste sind nur online möglich. Gerade weil die unmittelbare Begegnung fehlt, spüren wir, wie wichtig sie ist. Der Händedruck, die Umarmung, der Blick in die Augen, Ostereiersuchen und gemeinsames Essen, die Gemeinschaft im Gebet und am Tisch Jesu Christi – all das lässt sich nicht digital erledigen. Hoffentlich erinnern wir uns daran auch in normaleren Zeiten.

Von Korinth bis nach Rom war der Brief des Paulus lange Zeit unterwegs. Heute kommunizieren wir in Echtzeit mit Menschen an den entferntesten Enden der Erde. Das ist ein Glück, aber es ersetzt die Gemeinschaft im selben Raum nicht. Und doch: Verbunden sind wir nicht nur mit denen, die wir leibhaftig sehen, hören und spüren. Verbunden sind wir auch mit denen, die uns fern, und sogar mit denen, die uns fremd sind. Die Osterbotschaft lädt da-

zu ein, auch mit ihnen durch Gnade und Frieden verbunden zu sein.

Wer das in sich aufnimmt, wird die Abstandsregeln, die das Coronavirus uns abverlangt, nicht länger als „soziale Distanz“ verstehen. Diese Redeweise führt genauso in die Irre wie die gedankenlose Übernahme eines Ausdrucks aus der Tiermedizin – „Herdenimmunität“. Das ist schlicht inhuman. Gerade in Krisenzeiten ist das Ethos der Sprache unentbehrlich. Wir wahren nicht soziale, sondern räumliche Distanz. Wir wahren sie aus Rücksichtnahme, also aus sozialen Gründen.

Diese Wochen sind durch eine große Solidarität mit Schwächeren und Älteren geprägt. Vor allem um ihrer willen wird Abstand gehalten. Viele verbinden mit diesem Osterfest die Hoffnung, dass die auferlegten Verhaltensregeln Schritt für Schritt gelockert werden. Denn es ist an der Zeit, dass Kinder wieder in die Schule und Erwachsene wieder an ihren Arbeitsplatz gehen können. Solche Lockerungen kommen nicht von heute auf morgen. Sie werden eher möglich, wenn alle Risikogruppen freiwillig eine Selbstverpflichtung auf sich nehmen.

Ich bin ein Risikokandidat. Gemeinsam mit anderen verpflichte ich mich heute dazu, die Solidarität, die wir erfahren haben, zu erwidern. Auch bei gelockerten Regeln: Wir schützen uns und bleiben auf Distanz, damit andere wieder zur Arbeit und zur Schule gehen können.

Weil in der Corona-Krise Gläubige nicht ohne Weiteres zum Gottesdienst können, bittet WELT AM SONNTAG an dieser Stelle Geistliche zu Wort. Der Autor dieser Woche war Bischof in Berlin und Brandenburg sowie von 2003 bis 2009 Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland.



In der Julius-Leber-Kaserne bei Berlin testen Soldaten der Bundeswehr die Warn-App, die noch im April in Deutschland eingeführt werden soll

Digitale Fußfesseln überwachen die Heimquarantäne

In Deutschland sollen Daten helfen, Infektionsketten zu stoppen. Andere Länder nutzen sie auch, um Quarantäneanordnungen zu kontrollieren. **Südkorea** hat am Samstag angekündigt, dass Menschen, die sich nicht an die Selbstquarantäne halten, ein elektronisches Armband bekommen sollen. Bei Verstoß gegen die Quarantäne drohen bis zu einem Jahr Gefängnis oder Strafen von mehreren tausend Euro. Wer sich zum Tragen eines solchen Armbandes bereit erklärt, kann möglicherweise mit geringeren Strafen rechnen. Das Innenministerium gab zu, dass die legale Grundlage für eine Armbandpflicht fehle, Polizei und Behördenvertreter würden deshalb Einwilligungsformulare ausstellen. Ein Sprecher des Gesundheitsministeriums sagte, man erkenne zwar die Sorge um die

Privatsphäre und Einschränkung der bürgerlichen Freiheit an, die Behörden bräuchten aber effektivere Überwachungsinstrumente. Die **polnische Regierung** verpflichtet Menschen in Quarantäne, eine App auf dem Smartphone zu installieren. Mehrfach am Tag werden die Nutzer aufgefordert, innerhalb von 20 Minuten Bilder von sich über die App an Behörden zu schicken. Anhand einer Gesichtserkennungssoftware und von GPS-Daten, die zusammen mit dem Foto verschickt werden, soll kontrolliert werden, ob sich die Menschen tatsächlich in ihrer Wohnung oder in ihrem Haus aufhalten. Passiert das nicht, wird die Polizei alarmiert. Die App wurde Mitte März als freiwillige Maßnahme eingeführt, mittlerweile ist sie für Menschen, die sich in Quarantäne befinden, verpflichtend.

teilt – also ob seine anonymisierte Kontakthistorie über die App an ein Rechenzentrum übertragen wird. Dort wertet dann ein mathematisches Programm, ein sogenannter Algorithmus, aus, mit welchen anderen App-Nutzern der Infizierte in den 14 Tagen zuvor Kontakt hatte – wen er also angesteckt haben könnte. Diese Kontaktpersonen würden dann wiederum über die App informiert werden. Die App, versprechen die Entwickler, leite die persönlichen Daten nicht an Behörden weiter. Allein die Handybesitzer entscheiden, ob sie über die App auch das Gesundheitsamt unterrichten möchten.

Klingt gut, verdächtig gut, meinen viele. Unter Artikeln und in sozialen Netzwerken werden Bedenken geäußert, dass der Staat über die App Zugriff auf das Handy bekomme und einige beschwören das „orwellische Zeitalter“ herauf. Manche sprechen sogar von einer „Staats-App“. Andere verteidigen die App mit dem Argument, der Datenschutz müsse in Krisenzeiten hinter dem Schutz der Gesundheit zurückstecken.

Solche Debatten gingen in die falsche Richtung, meint der Richter und renommierte Datenschutzexperte Ulf Buermeyer-

er. Bei der Warn-App müsse man keine Freiheitsrechte gegeneinander abwägen, weil es keine Eingriffe ins Freiheitsrecht gebe – sofern die versprochenen Standards eingehalten würden. „Wir reden gerade nicht von dem klassischen Widerspruch zwischen Sicherheit und Freiheit.“ Die Vorurteile wundert Buermeyer dennoch nicht. In der Vergangenheit habe die Bundesregierung kein Vertrauen beim Datenschutz aufgebaut, weder bei der Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung noch beim Bundestrojaner. Spahn habe die Debatte zusätzlich vergiftet, sagt Buermeyer. „Wir werden deswegen einige Wochen länger brauchen, eine solche App erfolgreich einzuführen.“

Der Erfolg der Warn-App wird davon abhängen, wie viele Menschen sie auf ihrem Smartphone installieren werden. Das ist auch Thomas Grünwald bewusst. Der Mediziner leitet in Chemnitz die Klinik für Infektions- und Tropenmedizin und ist Mitglied eines medizinischen Netzwerks der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Seit drei Jahren arbeitet er mit einem 15-köpfigen Team ehrenamtlich an der „Ebolapp“. Ursprünglich wurde sie entwickelt, um in Liberia Infektionsketten des Ebolavirus nachzuvollziehen, sie soll aber auch bei anderen Infektionskrankheiten wie Covid-19 eingesetzt werden können. Trotz dieser Erfahrung kann aber auch er nicht sagen, wie viele Nutzer nötig sind, damit die Technik erfolgreich ist. „Es gibt bisher keine Studien und keine Anwendung einer solchen App im Ernstfall. Alle Angaben zur Durchdringungsrate basieren auf Schätzungen.“ Die Ebolapp wurde bereits im Stationsalltag an Grünwalds alter Klinik in Leipzig getestet, im Februar gab es noch einen groß angelegten Feldversuch mit 250 Freiwilligen in Liberia. Das Fazit: „In dünn besiedelten Ländern wie Liberia gehen wir davon aus, dass 90 Prozent aller Bürger die App installiert haben müssten“, so Grünwald. In Ballungsgebieten wie Berlin oder Köln geht der Infektiologe davon aus, dass man mit 30 Prozent schon Erfolge erzielen könnte. In ländlichen Gebieten müsste die Durchdringung jedoch deutlich höher sein.

Die Bundesregierung hat stets betont, die Warn-App soll vollkommen freiwillig sein. Tilman Kuban, Vorsitzender der Jungen Union und Mitglied im Vorstand der CDU, fordert nun jedoch, dass die App jedem Deutschen automatisch aufs Handy installiert werden soll, der nicht aktiv widerspricht. „Jeder Smartphonebesitzer sollte die neue App mit dem nächsten Update aufs Handy bekommen und völlig anonym entscheiden, ob er teilnehmen und damit helfen will oder aus für sich nachvollziehbaren Gründen widerspricht.“ Eine transparente Speicherung und Löschung der Daten müsse dabei garantiert sein, keiner wolle ein Überwachungssystem. Eine App biete die Chance, gewohnte Freiheiten schneller wieder ausleben zu können. „Ich halte es für absolut zumutbar, den Menschen eine Entscheidung darüber abzuverlangen, ob sie die App nutzen wollen oder nicht“, sagt Kuban.

Der Grünenpolitiker Konstantin von Notz lehnt eine solche Lösung ab. Sie stelle einen weitaus stärkeren Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung der Bürger dar. Die selbstbestimmte Einwilligung sei zudem rechtlich sauberer, so von Notz.

Datenschutzexperte Buermeyer will den Bürgern ein oder zwei Monate Zeit geben, sich die App freiwillig zu installieren. Erst wenn man merke, dass man Menschen irrationale Ängste vor Überwachung nicht nehmen könne, müsse man möglicherweise auch über Zwangs-Apps nachdenken. Rechtlich gesehen sei das machbar, wenn keine Bewegungsprofile aufgezeichnet würden. Für die Demokratie wäre es jedoch ein fatales Zeichen. Buermeyer sieht beim Zwang vor allem eine theoretische Diskussion, zumal man das Smartphone ja einfach zu Hause in der Schublade lassen kann: „Man müsste dann auch in der Lage sein, einen solchen Zwang durchzusetzen.“

MITARBEIT: ROBIN ALEXANDER

Telefonkonferenz von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit den Ministerpräsidenten an. In der Schalte soll entschieden werden, wie es weitergeht in Corona-Deutschland. Und ob die massiven Einschränkungen gelockert werden, die das öffentliche Leben zum Stillstand gebracht haben.

Die Zahlen und Daten des Robert-Koch-Instituts über Infizierte, Neuanssteckungen und Erkrankte werden dabei weiter wichtig sein. Aber andere Fakten werden im Vergleich zum Beginn der Krise an Bedeutung gewinnen. Neben den juristischen Argumenten aus Karlsruhe werden das vor allem die Wirtschaftsdaten sein, aber auch Faktoren wie die Entwicklung in Nachbarländern oder eine zu erwartende Isolationsmüdigkeit in der Bevölkerung.

Vor allem der Druck aus der Wirtschaft auf die Politik steigt täglich. Die Vertreter der Handels- und Industrieverbände wollen wissen, wann und wie die Restriktionen zurückgefahren werden. „Das größte Problem für die Unternehmen ist die offene Frage, wie lange der Shutdown anhält“, sagt der rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister Volker Wissing (FDP). Die Wirtschaft braucht so schnell wie möglich greifbare Signale. Ansonsten sind die Emotionen schwer kanalisierbar. Die Unternehmen leiden, die staatlichen Hilfen lindern zwar, aber den Markt können sie auf Dauer nicht ersetzen.

Nicht nur die Wirtschaftsvertreter verweisen zudem auf andere Länder, die mittlerweile damit begonnen haben, ihren Shutdown vorsichtig zu lockern.

Österreich will ab dem 14. April kleine Geschäfte unter Auflagen wieder öffnen. Dänemark plant ab dem 15. April die Betriebsaufnahme von Kitas und Schulen für Kinder bis zur fünften Klasse. Auch Tschechien, Litauen und Norwegen steigen in Erleichterungen ein.

In Deutschland ist es vor allem Armin Laschet (CDU), der sich als Vorkämpfer einer „Rückkehr in eine verantwortungsvolle Normalität“ gibt. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident sagte bei einer Unterrichtung des Landtags am Gründonnerstag, „dass wir nach Ostern diesen Versuch wagen sollten“. Um seine Argumentation zu stützen, hat er einen Rat von Experten aus verschiedensten Wissenschaftsfeldern installiert.

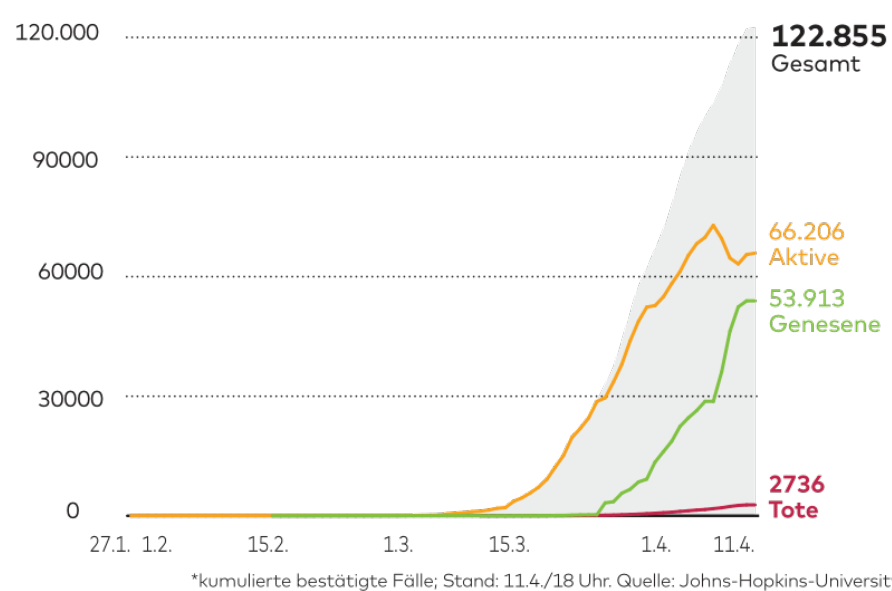
Auf der anderen Seite steht Merkel, die nur von einem „Anlass für vorsichti-

ge Hoffnung“ spricht, doch gleichzeitig mahnt, man dürfe nicht voreilig das „zerstören, was wir jetzt erreicht haben“. Die Bundeskanzlerin greift neben der Expertise des Robert-Koch-Instituts auf Wissenschaftler der Leopoldina zurück.

An Rat, ob medizinisch, ökonomisch oder juristisch, mangelt es also nicht. Doch am Ende wird die Sache nicht wissenschaftlich, sondern politisch entschieden werden müssen. Und auch Merkel weiß, dass ein „Weiter so“ nicht durchzuhalten sein wird. Deshalb spricht viel dafür, dass es so kommt, wie es die Karlsruher Richter geschrieben haben: Verantwortbare Lockerungen der Verbote sind in Sicht, „unter gegebenenfalls strengen Auflagen und möglicherweise auch regional begrenzt“.

AKTUELLE CORONA ZAHLEN

Corona-Fälle* in Deutschland



Steinmeier beschwört Solidarität

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat die Menschen in Deutschland zu Geduld, Disziplin und Solidarität in der Corona-Krise aufgerufen. „Wie es jetzt weitergeht, wann und wie die Einschränkungen gelockert werden können, darüber entscheiden nicht allein Politiker und Experten“, sagte er in einer TV-Ansprache am Samstag. „Sondern wir alle haben das in der Hand, durch unsere Geduld und unsere Disziplin – gerade jetzt, wenn es uns am schwersten fällt.“

Steinmeier appellierte an die Bürgerinnen und Bürger, die Erfahrung der Solidarität in der Krise für die Zeit danach zu bewahren. Die Solidarität, die jetzt jeden Tag bewiesen werde, die brauche man in Zukunft umso mehr. „Wir werden nach dieser Krise eine andere Gesellschaft sein. Wir wollen keine ängstliche, keine misstrauische Gesellschaft werden. Sondern wir können eine Gesellschaft sein mit mehr Vertrauen, mit mehr Rücksicht und mehr Zuversicht.“ Zugleich äußerte sich der Bundespräsident optimistisch: „Wir können und wir werden auch in dieser Lage wachsen.“ Ausgesprochen eindringlich mahnte Stein-

meier zu deutscher Solidarität innerhalb Europas. „Deutschland kann nicht stark und gesund aus der Krise kommen, wenn unsere Nachbarn nicht auch stark und gesund werden“, sagte er. „30 Jahre nach der Deutschen Einheit, 75 Jahre nach dem Ende des Krieges sind wir Deutsche zur Solidarität in Europa nicht nur aufgerufen – wir sind dazu verpflichtet.“

„Ja, wir sind verwundbar“, sagte Steinmeier über die Pandemie. Man habe vielleicht „zu lange geglaubt, dass wir unverwundbar sind, dass es immer nur schneller, höher, weiter geht“. Dies sei ein Irrtum gewesen. Er sei aber auch „tief beeindruckt von dem Kraftakt, den unser Land in den vergangenen Wochen vollbracht hat“. Steinmeier sagte: „So viele von Ihnen wachsen jetzt über sich selbst hinaus. Ich danke Ihnen dafür.“

Die Bundeskanzlerin hatte in Absprache mit Steinmeier auf eine Osteransprache verzichtet. Der neun Minuten lange Auftritt des Präsidenten ist ein außergewöhnliches Zeichen – normalerweise wendet sich das Staatsoberhaupt nur zu Weihnachten in dieser Form an die Menschen. WS/dpa